



AUFGUND DER §§ 6 UND 40 DER NIEDERSÄCHSISCHEN GEMEINDEORDNUNG (NGO) IN DER ZUR ZEIT GÜLTIGEN FASSUNG IN VERBINDUNG MIT DEN §§ 2, 9 u. 10 DES BUNDESBAUGESETZES (BBAUG) VOM 23.6.60, DER BAUNUTZUNGSVERORDNUNG (BAUNVO) IN DER FASSUNG VOM 26.11.1968 UND DER PLANZEICHENVERORDNUNG VOM 19.1.1965, HAT DER RAT DER STADT GEORGSMARIENHÜTTE AM 28. FEB. 1973 DIE AUS NEBENSTEHENDEN ZEICHNERISCHEN UND FOLGENDEN TEXTLICHEN FESTSETZUNGEN BESTEHENDE SATZUNG BESCHLOSSEN.

- § 1 ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG WIRD IM NEBENSTEHENDEN PLAN FESTGESETZT.
- § 2 BEFREIUNGEN REGELN SICH NACH § 31 (2) BBAUG.
- § 3 KENNZEICHNUNG UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN. GEMÄSS § 9 (6) BBAUG WIRD NACHRICHTLICH DARAUF HINGEWIESEN, DASS MASSNAHMEN ZUR VERWIRKLICHUNG DES PLANES, EINSCHLIESSLICH DER KOSTEN DER DURCHFÜHRUNG IN DER BEGRÜNDUNG VOM 1.8.1973 DARGELEGT SIND.
- § 4 FÜR DEN FALL DER NICHTBEFOLGUNG DIESER SATZUNG, WIRD GEMÄSS § 6 (2) NGO IN VERBINDUNG MIT DEN §§ 35-37 DES NIEDERSÄCHSISCHEN GESETZES ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT UND ORDNUNG EIN ZWANGSGELD BIS ZU 500 DM BZW. DIE ERSATZVORNAHME ANGEDROHT. EINE VERFOLGUNG VON ORDNUNGSWIDRIGKEITEN NACH § 156 BBAUG BLEIBT HIERVON UNBERÜHRT.
- § 5 DIESER SATZUNG TRITT MIT DER BEKANNTMACHUNG IN KRAFT.
- § 6 MIT INKRAFTTRETEN DIESER 1.ÄNDERUNG TRETEN ALLE ENTGEGENSTEHENDEN FESTSETZUNGEN DES URSPRUNGSPLANES (BEB.-PL. NR. 102) AUSSER KRAFT.

LEGENDE

1. ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

- (WR) REINES WOHNGEBIET
- (1 3 / 2 4) 1= GESCHOSSZAHL (MIT KREIS-ZWINGEND) 2= BAUWEISE (o=OFFEN) 3= GRUNDFLÄCHENZAHL (GRZ) 4= GESCHOSSFLÄCHENZAHL (GFZ)

2. SONSTIGE FESTSETZUNGEN

- GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DER 1. ÄNDERUNG
- BAULINIE
- BAUGRENZE
- STRASSENVERKEHRSFLÄCHE MIT BEGRENZUNGSLINIEN
- GRENZE ÜNTERSCHIEDLICHER GESCHOSSZAHLEN
- STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN

1. ÄNDERUNG ZUM BEBAUUNGSPLAN NR. 102 DER STADT GEORGSMARIENHÜTTE LANDKREIS OSNABRÜCK

BEARBEITET: PLANUNGSBÜRO FÜR STÄDTEBAU U. ORTSPLANUNG OSNABRÜCK, DEN 1.12.1972

DER RAT DER STADT GEORGSMARIENHÜTTE HAT IN SEINER SITZUNG AM 28. FEB. 1973 GEMÄSS § 2 (1) BBAUG DIE AUFSTELLUNG DIESER ÄNDERUNG BESCHLOSSEN.

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 27. MAI 1973
BÜRGERMEISTER: [Signature] STADTDIREKTOR: [Signature]

DIESER ÄNDERUNG HAT GEMÄSS § 2 ABS. 6 BBAUG IN DER ZEIT VOM 22. JAN. 1973 BIS 22. FEB. 1973 ÖFFENTLICH AUSGELEGEN.
GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 27. MAI 1973
STADTDIREKTOR: [Signature]

DIESER ÄNDERUNG IST GEMÄSS § 10 BBAUG AM 28. FEB. 1973 DURCH DEN RAT DER STADT ALS SATZUNG BESCHLOSSEN WORDEN.

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 27. MAI 1973
BÜRGERMEISTER: [Signature] STADTDIREKTOR: [Signature]

Dieser Bebauungsplan ist gem. § 11 des BBauG vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) mit Verfügung vom 8. Mai 1973 genehmigt worden.
Osnabrück, den 8. Mai 1973
Regierungspräsident i. A. [Signature]

Die mit der vorstehenden Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten ausgesprochene Genehmigung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 102 ist gemäß § 12 BBauG am 30. Juni 1973 im Amtsblatt des Landkreises Osnabrück öffentlich bekannt gemacht worden. Damit ist die 1. Änderung des Bebauungsplanes inkraftgetreten.

Georgsmarienhütte, den 5. JULI 1973
STADTDIREKTOR: [Signature]

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Georgsmarienhütte, 05.07.1994
Stadtdirektor: [Signature]

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Baugesetzbuches sind Mängel in der Abwägung nicht geltend gemacht worden.

Georgsmarienhütte, 05.07.1994
Stadtdirektor: [Signature]

AUFGRUND DER §§ 6 UND 40 DER NIEDERSÄCHSISCHEN GEMEINDEORDNUNG (NGO) IN DER ZUR ZEIT GÜLTIGEN FASSUNG IN VERBINDUNG MIT DEN §§ 2, 9 u. 10 DES BUNDESBAUGESETZES (BBAUG) VOM 23. 6. 60, DER BAUNUTZUNGSVERORDNUNG (BAUNVO) IN DER FASSUNG VOM 26. 11. 1968 UND DER PLANZEICHENVERORDNUNG VOM 19. 1. 1965, HAT DER RAT DER STADT GEORGSMARIENHÜTTE AM 28. FEBR. 1970 DIE AUS NEBENSTEHENDEN ZEICHNERISCHEN UND FOLGENDEN TEXTLICHEN FESTSETZUNGEN BESTEHENDE SATZUNG BESCHLOSSEN.

§ 1 ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG WIRD IM NEBENSTEHENDEN PLAN FESTGESETZT.

§ 2 BEFREIUNGEN REGELN SICH NACH § 31 (2) BBAUG.

§ 3 KENNZEICHNUNG UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN.
GEMÄSS § 9 (6) BBAUG WIRD NACHRICHTLICH DARAUF HINGEWIESEN, DASS MASSNAHMEN ZUR VERWIRKLICHUNG DES PLANES, EINSCHLIESSLICH DER KOSTEN DER DURCHFÜHRUNG IN DER BEGRÜNDUNG VOM 1. 1. 1970 DARGELEGT SIND.

§ 4 FÜR DEN FALL DER NICHTBEFOLGUNG DIESER SATZUNG, WIRD GEMÄSS § 6 (2) NGO IN VERBINDUNG MIT DEN §§ 35 - 37 DES NIEDERSÄCHSISCHEN GESETZES ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT UND ORDNUNG EIN ZWANGSGELD BIS ZU 500 DM BZW. DIE ERSATZVORNAHME ANGEDROHT. EINE VERFOLGUNG VON ORDNUNGSWIDRIGKEITEN NACH § 156 BBAUG BLEIBT HIERWON UNBERÜHRT.

§ 5 DIESE SATZUNG TRITT MIT DER BEKANNTMACHUNG IN KRAFT.

§ 6 MIT INKRAFTTRETEN DIESER 1. ÄNDERUNG TRETEN ALLE ENTGEGENSTEHENDEN FESTSETZUNGEN DES URSPRUNGSPLANES (BEB.-PL. NR. 102) AUSSER KRAFT.